

**Halina Wawzyniak**

- (A) gierung das Grundgesetz nicht wirklich gelesen. Denn in Art. 20 Abs. 2 steht:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht wäre es angesichts dessen besser, das Verhältnis des Staates zum Bürger zu verbessern.

Derzeit wird die Staatsgewalt allein durch Wahlen ausgeübt. Ich komme gleich auch noch auf das Wahlgesetz zu sprechen. Doch der Koalitionsvertrag selbst deckt den Mantel des Schweigens über die Frage direkter Demokratie und mehr **Beteiligungsmöglichkeiten** für Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch in der vergangenen Legislaturperiode lagen diesem Haus drei Gesetzentwürfe für mehr direkte Demokratie vor: einer von Bündnis 90/Die Grünen, einer von der Linken und einer von der FDP. Lesen Sie in Drucksache 16/474 nach. Darin heißt es:

Der Wunsch und die Bereitschaft der Bevölkerung, Verantwortung für eine aktive Bürgergesellschaft zu übernehmen und an ihrer Ausgestaltung mitzuwirken, gebieten es, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie um direkte Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger zu ergänzen.

Das Gebot, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie um direkte Beteiligungsrechte zu ergänzen, ist wohl den Bremsern der CDU/CSU in der Frage direkter Demokratie geopfert worden. Die Haltung der CDU/CSU ist nicht wirklich verwunderlich. Sie setzt die Politik der CDU/CSU aus der vergangenen Legislaturperiode fort.

- (B) Demokratie geopfert worden. Die Haltung der CDU/CSU ist nicht wirklich verwunderlich. Sie setzt die Politik der CDU/CSU aus der vergangenen Legislaturperiode fort.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen]  
[CDU/CSU]: Das ist gut so!)

Aber, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, seien Sie doch nicht so hasenfüßig. Ihr CDU-Landesverband in Berlin hat mit dazu beigetragen, dass die von Rot-Rot vorgeschlagene Verfassungsänderung für mehr Demokratie in Berlin verabschiedet werden konnte.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der  
SPD: Oh!)

Berlin steht jetzt weit oben auf der Liste der Länder, die mehr Demokratie ermöglichen. Reden Sie mit Ihren Parteifreunden aus Berlin! Herr Krings, zeigen Sie, dass Sie wirklich nicht in Schubladen denken! Geben Sie sich einen Ruck! Die Bürgerinnen und Bürger werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Koalitionsvertrag sagt auch nichts zur Veränderung des **Wahlrechts** aus. Das ist ausgesprochen interessant. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht dem Hohen Haus einen Arbeitsauftrag aufgegeben.

(Siegfried Kauder [Villingen-Schwenningen]  
[CDU/CSU]: Deswegen braucht es auch nicht  
in den Koalitionsvertrag hinein!)

Wer Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, der sollte endlich darangehen, das Wahlrecht auch all jenen zu geben, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser Gelegenheit denken Sie doch auch noch einmal über das Staatsbürgerschaftsrecht nach. Wer wirklich mündige Bürgerinnen und Bürger will, der gibt ihnen auch die Möglichkeit, mit zu entscheiden, und der ändert das Wahlrecht auch für Menschen, die schon länger hier leben.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.  
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Wawzyniak, auch für Sie war es die erste Rede im Plenum. Wir beglückwünschen Sie dazu und wünschen Ihnen alles Gute.

(Beifall)

Damit schließe ich die Aussprache zu diesem Punkt.

Wir kommen nun zu den Themenbereichen **Bildung und Forschung**. Hierzu ist verabredet, eineinviertel Stunden zu debattieren.

Ich gebe das Wort der Bundesministerin Dr. Annette Schavan.

**Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung: (D)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag sendet starke Signale an die junge Generation.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wo denn?)

Gute Bildung und leistungsstarke Forschung sollen die Bildungsrepublik Deutschland prägen. Die Grundidee, also die ganz konkrete Entfaltung dessen, was gemeint ist, steht in dem Vertrag der christlich-liberalen Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was meinen wir im Grundsatz, wenn wir sagen: „Bildungsrepublik Deutschland ist das Ziel, ist das Zukunftsbild, das wir vor Augen haben“? Wir meinen viererlei:

Erstens. Kein Kind darf verloren gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Niemand darf um die Entfaltung seiner Talente gebracht werden.

Drittens. Bildung und Forschung werden als inspirierende Kräfte und Quellen künftigen Wohlstands anerkannt.

Viertens. Bildung und Forschung müssen – das ist unsere Aufgabe in Parlament und Regierung hier in Berlin, aber auch in den 16 Ländern sowie in den Städten und

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Gemeinden – in den nächsten Jahren mehr denn je politische Priorität haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir beginnen nicht am Punkt null. Auch für den Bereich von Bildung und Forschung gilt: Da gibt es manches, auf das wir aufbauen können. Da gibt es gute Initiativen in einzelnen Städten und in den Ländern. Aber das Fundament muss noch stabiler werden. Wir wollen eines der besten Bildungssysteme der Welt. Wir wollen, dass Deutschland im internationalen Vergleich einer der attraktivsten Wissenschafts- und Forschungsstandorte ist.

Der Koalitionsvertrag enthält die starke Zusage des Bundes, in den kommenden vier Jahren zusätzlich 12 Milliarden Euro in Bildung und Forschung zu investieren. Damit erhöhen wir den Anteil des Bundes für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts: 7 Prozent für Bildung, 3 Prozent für Forschung. Auch das ist ein starkes Signal und zeigt, welche Priorität diese christlich-liberale Koalition der Bildung und Forschung beimisst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben dies in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise in Deutschland beschlossen, weil wir davon überzeugt sind, dass Bildung ein Bürgerrecht ist und dass gute Bildung und starke Forschung Quellen für künftigen Wohlstand sind.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundeskanzlerin hat gestern Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland genannt. Bis zum Jahre 2020 ist mit einem Rückgang der Zahl der unter 25-Jährigen zu rechnen. Das setzt sich in einem etwa 20-prozentigen Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler in Deutschland fort. Das bedeutet: Eine Gesellschaft mit weniger Kindern und Jugendlichen muss noch mehr tun, um jedem Kind und jedem Jugendlichen Chancen durch Bildung zu eröffnen und sie zu **Bildung, Ausbildung und Studium** zu ermutigen.

Ich füge hinzu: Das ist nicht allein eine Aufgabe des Staates. Das ist die Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Kinder und Jugendliche brauchen auch die Ermutigung durch ihre Eltern. Deshalb sage ich: Bildungsrepublik Deutschland meint mehr als ein gut finanziertes Bildungs- und Wissenschaftssystem, meint auch – dies muss noch stärker eingefordert werden – Leidenschaft und Begeisterung für Lernen und Forschen als die besten Seiten des Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage das auch deshalb, weil sich da niemand Illusionen machen soll. Allein mehr Geld und das Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bildung nichts kostet, führen noch nicht zu besserer Bildung und starker Forschung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dagmar Ziegler [SPD]: Aber ohne geht es auch nicht!)

– Maulen Sie doch nicht so herum. Sie haben doch gerade Schiffbruch damit erlitten, dass Sie im Wahlkampf

zur Bildungspolitik nichts anderes gesagt haben, als dass von der Kita bis zur Uni alles kostenfrei sein sollte. Das hat Ihnen keiner geglaubt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Das ist ja albern!)

Große Versprechen – und wie viel Prozent haben Sie dafür bekommen?

(Ute Kumpf [SPD]: Seien Sie mal ein bisschen vorsichtig, Frau Schavan! – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb sage ich: Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr. Sie erwarten kreative Konzepte. Sie verlangen, dass endlich die Vergleichbarkeit der Bildungsinhalte und Schulabschlüsse möglich wird.

(Zuruf der Abg. Ute Kumpf [SPD])

– Liebe Frau Kumpf, Sie regieren doch noch in ein paar Ländern. Sie können jetzt zu all dem beitragen, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die Lehrerinnen und Lehrer erwarten eine verlässliche Partnerschaft mit den Eltern, um ihre Aufgabe in der Schule gut wahrnehmen zu können. Die Öffentlichkeit erwartet, dass wir endlich geeignete Wege finden, um die Bildungsarmut in einem wohlhabenden Land zu überwinden. Ich sage Ihnen: Das Wichtigste in dieser Legislaturperiode ist, dass es allen politischen Akteuren (D) gelingt, dass Bildungsarmut in diesem Land keinen Platz mehr hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ute Kumpf [SPD]: 80 Prozent der Migrantenkinder in Stuttgart sind in Hauptschulen! Was sagen Sie dazu?)

Gute Bildung und die Teilhabe aller Kinder an einem leistungsfähigen Bildungssystem beginnen mit der **frühkindlichen Bildung**. Deshalb werden wir die Weiterbildung der Erzieherinnen voranbringen, den Bildungsauftrag der Kindergärten stärken und sie zu Häusern der kleinen Forscher weiterentwickeln. Außerdem sorgen wir – gestern haben schon einige Redner darauf hingewiesen – gemeinsam mit den Ländern dafür, dass jedes Kind vor dem Schulbeginn eine Sprachförderung erhält, wenn seine Sprachentwicklung dies erfordert. Das ist ein Schritt zur Integration; darin liegt für Kinder und ihre Eltern der Schlüssel für gute Bildung: früh beginnen, Sprache lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Was sagen Sie denn zum Betreuungsgeld?)

Wir werden ein Konzept für **Bildungspartnerschaften** von Bund, Ländern und Kommunen entwickeln. Wir schaffen im Hochschulpakt 275 000 neue Studienplätze. Wir bauen gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm für 10 Prozent der Studierenden auf. Wir sichern das BAföG und entwickeln es weiter.

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Sollte jemand von Ihnen schon ein Manuskript haben, in dem steht, dass es abgebaut wird, dann streichen Sie bitte diesen Satz.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir schaffen Anreize für das Bildungssparen, bauen die Aufstiegsstipendien aus und werden das Büchergeld für die Stipendiatinnen und Stipendiaten der zwölf Begabtenförderungswerke auf monatlich 300 Euro erhöhen. Wir tun nicht so, als koste Bildung nichts. Wir geben attraktive Impulse und Anreize für die Finanzierung von Bildung und Studium.

(Ulla Burchardt [SPD]: Mit Steuersenkungen?)

Gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und den Weiterbildungsverbänden werden wir eine **Weiterbildungsallianz** schmieden. Wir werden zügig die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen voranbringen und unsere Maßnahmen zur Integration von Jugendlichen durch Bildung und Ausbildung verstärken.

Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte – wir wissen das – sind besonders häufig in der Gefahr, keinen Schulabschluss zu erreichen. Wir haben gute Vorarbeit aus den letzten Jahren in diesem Bereich, vor allen Dingen was das Engagement in der beruflichen Bildung angeht. Nachdem es erste Fortschritte gibt, müssen wir jetzt aber den Ehrgeiz haben, zu sagen: Im nächsten Jahrzehnt muss es in Deutschland gelingen, dass kein Jugendlicher mehr ohne Schulabschluss ins Leben geht.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch an diesem Punkt gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Eine ausreichende Finanzierung ist das eine, wirksame Konzepte sind das Zweite, aber das Dritte ist, dass Kinder und Jugendliche eben auch Erwachsene brauchen, die sie ermutigen, die Chancen wahrzunehmen, die Bildung bietet. Dies betrifft die Mentalität in dieser Gesellschaft. Deshalb bedarf es mehr Zustimmung zur Bildung nicht nur in Rede und Theorie, sondern vor allem im alltäglichen Leben. Da brauchen Kinder und Jugendliche Ermutigung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden den Ausbildungspakt zum Qualitätspakt weiterentwickeln.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Der war ja so erfolgreich!)

– Der war ziemlich erfolgreich, total erfolgreich.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Er war nicht erfolgreich! Er ist noch nicht einmal zustande gekommen!)

Jetzt geht es um die Frage, wie wir Qualität und Ausbildungsreife so weiterentwickeln, dass wirklich jeder eine Ausbildung antreten kann.

Deutschland ist Teil des **europäischen Bildungsraumes**. Wir werden den deutschen Qualifikationsrahmen

analog zum europäischen Qualifikationsrahmen erarbeiten, das Übergangssystem neu strukturieren und effizienter gestalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch gerade mit dem Flaggschiff unseres Bildungssystem, der beruflichen Bildung, noch stärker international präsent sein. (C)

Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen werden wir ein Bologna-Qualitäts- und -Mobilitätspaket schnüren, das die Studienreform voranbringt. Sie ist richtig; aber sie verlangt Korrekturen, was die Gestaltung der Studiengänge und die Verbesserung der Lehre, die bessere Betreuung und Beratung der Studierenden angeht. In den nächsten Monaten können seitens der Länder und da, wo wir helfen können, auch von unserer Seite deutliche Signale an die Studierenden gegeben werden.

Wir werden bereits ab dem Wintersemester 2011 in Deutschland das modernste Konzept der Studienplatzvergabe haben. Auch das ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein wichtiger Schritt für die Studierenden.

Mit **steuerlichen Anreizen** für Investitionen in Forschung und Entwicklung in den Unternehmen stärken wir die Innovationskraft unseres Landes. Wir wollen es so gestalten, dass neue Arbeitsplätze für Forscherinnen und Forscher geschaffen werden können.

Wir werden die Hightech-Strategie weiterentwickeln als ein europäisches Konzept mit den Flaggschiffen im Bereich der Gesundheitsforschung und der Energie- und Klimaschutzforschung. Wir werden ein integriertes Energieforschungsprogramm vorlegen. Wir werden weitere Spitzenforscher aus aller Welt unter anderem mit den Alexander-von-Humboldt-Professuren nach Deutschland holen. (D)

Die **Elektromobilität** erweist sich als Querschnittsthema. Ich glaube, sie wurde in drei Reden angesprochen; auch ich könnte sie jetzt noch einmal nennen. Wenn ich mir die Kompetenz und die Kompetenznetze, die wir in Deutschland geschaffen haben, ansehe, dann bin ich davon überzeugt, dass das ein Renner wird.

Die christlich-liberale Koalition wird mit dem Pakt für Forschung und Innovation und einem jährlichen Zuwachs von 5 Prozent ein verlässlicher Partner unserer Forschungsorganisationen sein und die Exzellenzinitiative in eine zweite Runde bringen.

Schließlich: Auch in der Forschungspolitik gilt: Die Transparenz und die Akzeptanz der Chancen und die Risiken der Forschung sind so bedeutsam wie ihre Finanzierung. Deshalb werde ich für den 2. Dezember zum nächsten **Runden Tisch zur Grünen Gentechnik** einladen. Das ist ein Element dessen, was wir in den nächsten Jahren verstärken werden: Dialogplattformen, Stärkung der Forschungsmuseen, Gründung eines Hauses der Zukunft, um den Diskurs über Zukunftstechnologien in unserer Gesellschaft zu befördern.

Der Blick in die 16 Bundesländer zeigt, dass nahezu alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien bildungspolitische Verantwortung tragen. Das kann man bedauern, je nachdem.

(Heiterkeit des Abg. Patrick Meinhardt [FDP])

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Aber man kann es auch als Chance sehen. Es ist eine Chance – ich sage das ganz ernst – zum Konsens über Parteigrenzen hinweg. Dazu lade ich Sie ein. Lassen Sie uns bei allen Meinungsverschiedenheiten und allem Wettbewerb gemeinsam daran arbeiten, durch gute Bildung und starke Forschung Kinder und Jugendliche zu ermutigen und unser Land voranzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Dagmar Ziegler hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Dagmar Ziegler (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Schavan! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag von Union und FDP ist leider eine bildungspolitische Mogelpackung. Es steht zwar „Bildung“ darauf, sie ist aber leider nicht drin.

In der Bildungspolitik stehen wir vor enormen Herausforderungen. Die bildungspolitischen Megathemen sind **Chancengleichheit** und **Bildungsqualität**. Die großen Fragen lauten: Wie schaffen wir es, dass Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt? Wie schaffen wir es, dass alle Kinder früher und besser individuell gefördert werden können? Wie schaffen wir bessere Integration in und durch Bildung? Wie schaffen wir es, dass kein junger Mensch mehr ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung in sein Leben starten muss? Wie schaffen wir einen echten Qualitätssprung zu besserer Bildung? Das sind die zentralen Fragen, die die Menschen bewegen und die eine gute Bildungspolitik beantworten muss.

(Beifall bei der SPD)

Aber, sehr geehrte Frau Schavan, in Ihrem Koalitionsvertrag finden wir auf keine dieser Fragen eine Antwort.

Gerade mal fünf von insgesamt 132 Seiten widmen Sie der Bildungspolitik. Es ist zudem schon erstaunlich, dass es Ihnen gelungen ist, auf weniger als fünf Seiten noch weniger konkrete Maßnahmen aufzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Und die wenigen konkreten Maßnahmen, die Sie ankündigen, deuten darauf hin, dass Sie auch noch den falschen Weg einschlagen.

Diese Koalition verabschiedet sich von dem Gedanken, dass Chancengleichheit das Ziel und gute Bildung für alle eine öffentliche Aufgabe sein muss, die der Staat kostenlos zur Verfügung stellt. Die schwarz-gelbe Linie lautet: mehr Gebühren, mehr Kosten für die Familien, mehr Auslese, weniger Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie treiben die soziale Spaltung auch im Bildungssystem voran.

Ich möchte das gerne an drei Beispielen erläutern. (C)  
Erstens. Statt alle Kinder besser zu fördern, verschlechtern Sie mit dem **Betreuungsgeld** die Bildungschancen von benachteiligten Kindern. Sie wissen, dass das Betreuungsgeld eine Bildungsverhinderungsprämie ist, dass das Betreuungsgeld eben nicht dafür sorgt, dass insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien systematisch an die frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen herangeführt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Damit bekämpfen Sie die Bildungsarmut gerade nicht, sondern verstärken sie.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Geld ist nicht alles, Frau Ministerin – damit haben Sie völlig recht –, aber gute Bildung darf auch nicht am Geld scheitern.

(Ute Kumpf [SPD]: Richtig!)

Dafür brauchen wir zwei Dinge: kostenlose Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule und eine finanzielle Bildungsförderung für diejenigen, die nicht genug Geld in der Tasche haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schavan, Sie und Herr Pinkwart machen aber das Gegenteil: Erst verteuern Sie Bildung durch Gebühren immer weiter, und dann wollen Sie mit dem **Bildungsparen** denjenigen Geld zurückgeben, die genug haben, um etwas auf die Seite zu legen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das genau ist unser Punkt: Bildung ist keine Bausparkasse. Sozial gerecht wäre etwas anderes, nämlich Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.

Drittens. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, für mehr **Stipendien** zu sorgen. Das haben wir in der Großen Koalition ja auch gemeinsam gemacht. Ihr Stipendienmodell hat aber erhebliche Tücken:

Erstens. Sie koppeln die Studienfinanzierung an die Konjunktur und an Brancheninteressen. Deswegen warnen inzwischen sogar CDU-regierte Länder vor diesem Konzept.

(René Röspel [SPD]: Die haben es begriffen!)

Zweitens. Sie versuchen, den Menschen etwas vorzumachen; denn es ist ja gerade nicht Ihre Absicht, die Studierenden mit einem Geldsegen zu beglücken. Ihre eigentliche Absicht ist es – das haben alle erkannt –, die Studiengebühren, die Sie in Ihren Ländern eingeführt haben, zu zementieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Studiengebühren sollen jetzt auch noch durch Bundesgelder subventioniert werden.